

Andreas

Mehltretter

Ihr Bundestagsabgeordneter
mit Lust auf Fortschritt



Foto: Fionn Große

DEZEMBER 2023

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

die Einigung zum Bundeshaushalt 2024 steht! Auch wenn wir uns leider mit der FDP nicht darauf einigen konnten, die Schuldenbremse noch einmal auszusetzen, konnten wir immerhin drei für uns zentrale Punkte durchsetzen:

- 👉 Wir erhalten den sozialen Zusammenhalt – es wird keinen Abbau beim Sozialstaat geben!
- 👉 Wir treiben den klimaneutralen Umbau unseres Landes voran.
- 👉 Wir stehen weiter eng an der Seite der Ukraine.

Gerade die Union hatte gefordert, beim Bürgergeld und der Kindergrundsicherung massiv zu kürzen. Das wird nicht kommen. Dafür stehen wir.

Allerdings können wir einiges nicht umsetzen, was wir geplant hatten. Dazu gehört z. B. der Umweltbonus für Elektroautos. Und einige Entscheidungen werden auch zu moderat steigenden Kosten führen. Das hätte ich sehr gerne vermieden. Wir werden uns im parlamentari-

schen Verfahren auch genau anschauen, ob die Belastungen für alle, etwa bei den Landwirten, verhältnismäßig sind.

Wenn ich mir aber ansehe, was seit dem Urteil des Verfassungsgerichts alles gefordert wurde und unter welchen Rahmenbedingungen – etwa einer FDP in der Koalition – wir zu Mehrheiten kommen müssen, so halte ich das Ergebnis für gut. Wir finanzieren wichtige Investitionen, das Bürgergeld steigt wie vorgesehen deutlich an, die Kindergrundsicherung kommt. Ich bin froh, dass wir das geschafft haben.

Dennoch bleibt die Frage: Ist die Schuldenbremse angemessen angesichts der aktuellen Krisen? Wir müssen in bessere Bildung, in eine pünktliche Bahn und in eine grüne Industrie investieren. Wir brauchen einen Sozialstaat, auf den die Menschen sich verlassen können und der wenn notwendig vor zu hohen Energiepreisen schützt. Und wir müssen viel mehr als vor dem Ukraine-Krieg in unsere Sicherheit investieren.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schränkt unseren Handlungsspielraum ein. Diesen Spielraum müssen wir uns zurückholen, indem wir die Schuldenbremse sinnvoll reformieren und hohe Vermögen mehr an der Staatsfinanzierung beteiligen. Da müssen wir in den weiteren Verhandlungen vorankommen. Machen wir das nicht, setzen wir unseren Wohlstand auf Spiel.

Wir brauchen eine Debatte darüber, wie wir notwendige Investitionen finanzieren. Ideologische Grabenkämpfe um angeblich zu hohe Schulden und um ein sicher nicht zu hohes Bürgergeld bringen uns wirklich nicht weiter. Vielleicht kehrt ja mit der Stille der Weihnachtszeit auch ein unverstellter Blick auf die Notwendigkeiten in der Politik ein. Ich würde es mir wünschen.

Ihnen und Euch wünsche ich friedliche Feiertage im Kreis Ihrer Familie und Ihrer Freundinnen und Freunde. Genießen Sie die Zeit und kommen Sie gut ins neue Jahr.

**FROHE WEIHNACHTEN,
IHR ANDREAS MEHLTRETTER**

**IM DETAIL:
URTEIL ZUR SCHULDENBREMSE**

Das Bundesverfassungsgericht hat die Zuweisungen an den Klima- und Transformationsfonds für nichtig erklärt. Was bedeutet das für unseren Haushalt?

**ENERGIEWENDE:
KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG**

Der Bundestag hat im November das Wärmeplanungsgesetz beschlossen. Was bedeutet das für die Kommunen? Und was für die Hausbesitzer:innen?

AUSGABE 6, DEZEMBER 2023

Neues aus dem Bundestag für die Landkreise Freising, Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen, Ingolstadt und Eichstätt.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds

Am 15. November hat das Bundesverfassungsgericht das zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 für nichtig erklärt. Damit ist zunächst die Zuweisung von 60 Milliarden Euro, die für die Folgen der Corona-Pandemie zur Verfügung gestellt wurden, an den Klima- und Transformationsfonds nichtig.

Das Urteil war in dieser Deutlichkeit nicht zu erwarten. „Das Bundesverfassungsgericht hat die Schuldenbremse überraschend strikt interpretiert, obwohl es schon seit Langem Kritik an diesem nicht sonderlich flexiblen Instrument gibt“, schrieb dann auch die Süddeutsche Zeitung in einem Kommentar vom 16. November. Die Süddeutsche wies auch die langfristigen Folgen des Urteils hin: „Nicht zu übersehen ist aber, wie sehr die Karlsruher Sparlinie den Spielraum der Politik einengt.“

WENIGER SPIELRAUM FÜR INVESTITIONEN

Die direkte Konsequenz war sofort klar: Es fehlen 60 Milliarden Euro, die wir in mehr Klimaschutz, in eine nachhaltige Industrie und in die soziale Abfederung der Klimapolitik investieren wollten.

Legt man die Maßstäbe des Urteils auf andere Fonds an, so sind auch der Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes und etliche Sondervermögen der Bundesländer betroffen.

Das bedeutet: Es gibt nicht nur weniger Geld für die Bahn, für den Klimaschutz, für das Klimageld und für die Transformation die Industrie. All das sollte aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert werden. Auch die Mittel für die Preisbremsen und die Unterstützung der energieintensiven Industrie standen auf der Kippe. Die wurden aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds finanziert.

DIE FOLGEN DES URTEILS

Als Reaktion auf das Urteil wurden zunächst die meisten Mittel des Klima- und Transformationsfonds gesperrt. Schnell stellte sich heraus, dass das nicht reicht. Die abschließende Beratung des Bundes-

haushalts für 2024, die in der letzten November-Sitzungswoche geplant war, wurde verschoben. Wir müssen diesen Haushalt neu aufstellen.

Aber auch den Haushalt 2023 müssen wir absichern. Dafür hat die Bundesregierung einen Nachtragshaushalt eingebracht. Damit soll für 2023 erneut die Ausnahme von der Schuldenbremse beschlossen werden.

DER HAUSHALT AB 2024

Auch für den Haushalt 2024 hat sich die Ampel kurz vor Weihnachten auf eine finanziell und verfassungsrechtlich tragfähige Grundlage geeinigt – ohne neue Ausnahme von der Schuldenbremse. Allerdings hat mittlerweile sogar Christian Lindner Änderungen an der Schuldenbremse angekündigt.

Es geht darum, Wirtschaft und Industrie zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen, das Klima zu schützen und den Wohlstand und die Arbeitsplätze von

morgen zu sichern ohne den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu gefährden.

All dies kostet Geld. Geld, das wir nicht einfach so rumliegen haben. Viele sprechen deshalb davon, Prioritäten zu setzen. Nur wenige sprechen es aber aus, dass ein Beharren auf der Schuldenbremse bedeutet, dass der Sozialstaat geschwächt werden soll.

Die SPD-Fraktion stellt sich aber einem Sozialabbau entgegen, wie etwa der Forderung von CDU und CSU, beim Bürgergeld zu kürzen. Gerade in Zeiten multipler Krisen sind viele Menschen auf Hilfe angewiesen.

Wir brauchen auch zukünftig eine nachhaltige Finanzpolitik. Wir haben kein Problem mit zu vielen Schulden. Wir haben aber marode Schienen und Schulen. Wir hinken bei der Digitalisierung hinterher. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Industrie den Übergang in die grüne Produktion schaffen kann. Darum geht es.



Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat am 15. November das zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 für nichtig erklärt. Ich durfte in Karlsruhe für unsere Fraktion bei der Verhandlung als Beobachter dabei sein.

Bundeshaushalt 2024

Ampel-Koalition erreicht Einigung

Am Ende steht ein gutes Ergebnis: In vielen Verhandlungsrunden hat sich die Ampelkoalition auf einen neuen Haushalt für 2024 geeinigt. Auch wenn wir uns leider nicht auf eine erneute Aussetzung der Schuldenbremse einigen konnten, werden wir unsere Ziele großteils auch mit diesem Haushalt erreichen können.

Wir treiben den klimaneutralen Umbau unseres Landes voran, wir stärken den sozialen Zusammenhalt, und wir stehen eng an der Seite der Ukraine in ihrem Verteidigungskampf gegen Russland. Diese drei Ziele gelten.

WIR HABEN WENIGER GELD

Klar ist aber auch: Wir müssen mit deutlich weniger Geld auskommen, um diese Ziele zu erreichen. Es geht deshalb auch um Kürzungen und Einsparungen. Die machen wir nicht gerne, sie sind aber nötig, damit wir mit dem Geld, das uns zur Verfügung steht, hinkommen.

Konkret heißt das, dass wir den CO₂-Preis erhöhen und geplante Entlastungen beim Strompreis nicht umsetzen können. Konkret heißt das, dass wir die Netzentgelte nicht wie geplant um 3 Cent pro Kilowattstunde absenken können. Strom, Gas und Benzin werden also teurer. Auch die Plastiksteuer wird Auswirkungen auf die Preise haben. Angesichts dessen, was aber gerade die Union an Streichungen bei den Sozialleistungen gefordert habe, halte ich diese moderaten Entscheidungen für tragbar.

WENIGER KLIMASCHÄDLICHE SUBVENTI- TIONEN

Bisher haben wir die Abgabe für nicht-recycelte Kunststoffabfälle, zu der alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet sind, aus dem Bundeshaushalt finanziert. Das ist eine letztlich eine Subvention, die das Verbrennen von fossilen Rohstoffen fördert. Es ist richtig, dass wir das ändern.

Zu den klimaschädlichen Subventionen gehören auch der Verzicht auf eine Kerosinsteuer. Die führen wir nun für innerdeutsche Flüge ein. Dort hat diese Steuer keine Auswirkungen auf den Wettbe-

werb. Das macht Bahnfahren attraktiver.

DER BUNDESHAUSHALT 2024

Im Kernhaushalt für das Jahr 2024 werden wir rund 17 Milliarden Euro weniger ausgeben. Das machen wir insbesondere, indem wir klimaschädliche Subventionen abschaffen, die Ausgaben einzelner Ressorts etwas absenken und Bundeszuschüsse verringern.

Das zentrale Instrument des Bundes für den klimaneutralen Umbau unseres Landes bleibt der Klima- und Transformationsfonds. Aufgrund der Vorgaben der Verfassungsrichter verringern wir allerdings die Ausgaben des Fonds im nächsten Jahr um 12 Milliarden Euro. Schmerzhaft ist insbesondere das abrupte Ende der E-Auto-Förderung. Als SPD-Fraktion setzen wir uns hier für einen sanfteren Übergang ein. Bis 2027 kürzen wir im Klima- und Transformationsfonds um etwa 45 Milliarden Euro. Trotzdem stehen insgesamt immer noch 160 Milliarden Euro zur Verfügung.

UNTERSTÜTZUNG DER UKRAINE

Die Unterstützung der Ukraine stemmen wir aus dem Regelhaushalt, so wie wir es

geplant haben, und vor allem so lange wie nötig. Dazu zählen 8 Milliarden Euro für Waffenlieferungen, Finanzhilfen für den ukrainischen Haushalt direkt oder über die Europäische Union und voraussichtlich über 6 Milliarden Euro zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge hier in Deutschland.

SCHULDENBREMSE

Mit dem Haushalt 2024 halten wir die Schuldenregel nach Artikel 115 des Grundgesetzes ein. Nur für die Mittel für die Bewältigung der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal 2021 müssen wir die Schuldenbremse überschreiten.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag mit der FDP als Koalitionspartner ist dies ein gutes Ergebnis. Wir können wichtige Projekte wie die Erhöhung des Bürgergeldes oder die Kindergrundsicherung umsetzen. Dennoch ist eine grundsätzliche Reform der Schuldenbremse dringend notwendig. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft und keine Schuldenbremse, die diese verhindert. Gerade der soziale Ausgleich beim Klimaschutz wird eine zunehmende Herausforderung, für die wir Antworten brauchen.



Foto: Maximilian König

Trotz der enormen Herausforderungen ist es mit der Einigung gelungen, dass der Bundeshaushalt 2024 einen klaren Fokus auf die Stärkung der sozialen, inneren und äußeren Sicherheit setzen wird. Einen Abbau des Sozialstaates wird es nicht geben. Gerade auch in schwierigen Zeiten stehen wir Sozialdemokraten zu einem starken Staat, der seiner sozialen Verantwortung gerecht wird und die Bürgerinnen und Bürger nicht alleine lässt.

Kommunale Wärmeplanung

Grundlage für klimafreundliches Heizen

Der Bundestag hat im November das Wärmeplanungsgesetz beschlossen. Bis zum 30. Juni 2028 müssen die Kommunen in den Landkreisen Freising, Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen und Eichstätt klären, wo Fernwärme genutzt werden kann oder wo die Gasnetze auf Wasserstoff oder Biogas umgestellt werden. In Ingolstadt muss diese Planung schon bis zum 30. Juni 2026 abgeschlossen sein. Dieses Datum gilt für Städte mit über 100.000 Einwohner:innen

Die Kommunale Wärmeplanung ist eine wichtige Grundlage für die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes.

UNSER ZIEL: KLIMANEUTRAL HEIZEN

Spätestens 2045 wollen wir in Deutschland klimaneutral sein. Spätestens dann können wir keine fossile Brennstoffe mehr zum Heizen nutzen.

Eine neue Heizung hält aber so um die 30 Jahre. Das heißt: Jede neue Heizung, die nicht klimaneutral ist, wird schon vor Ablauf ihrer Laufzeit wieder ausgetauscht werden müssen. Deswegen müssen wir jetzt mit der Wärmewende anfangen!

GEBÄUDEENERGIEGEGESZ

Darum haben wir im Sommer das Gebäudeenergiegesetz auf den Weg gebracht. Es regelt, dass ab 2024 neue Heizungen zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Diese Vorgabe betrifft also zunächst vor allem Neubauten. Sie greift zudem dann, wenn eine defekte Heizung nicht repariert werden kann und die Kommune bereits eine Wärmeplanung erstellt hat – wobei auch dann Übergangsfristen gelten. Und auch wer die alte Heizung freiwillig erneuert, muss eine klimafreundliche Heizung einbauen, sobald ein kommunaler Wärmeplan vorliegt.

Funktionierende Gas- und Ölheizungen können weitergenutzt werden. Auch wenn eine Heizung kaputt geht und repariert werden kann, muss sie nicht unmittelbar ausgetauscht werden. Erst ab dem 1. Januar 2045 sind dann keine fossilen Heizungen mehr erlaubt.

FÖRDERUNG VON BIS ZU 70 PROZENT

Für mich ist wichtig: Wir werden – das gilt für auch nach dem Urteil des Bundesver-

fassungsgerichts – klimafreundliche Heizungen massiv fördern. Klimaschutz gelingt nur, wenn alle mitmachen können. Die Wärmewende nur, wenn sie für alle bezahlbar ist.

Darum wird der Einbau klimafreundlicher Heizungen mit bis zu 70 Prozent der Investitionskosten gefördert – das gilt auch für Holz- und Pellet-Heizungen. Dabei können Bürger:innen mit niedrigem Einkommen besonders hohe Zuschüsse und zusätzlich eine Zinsverbilligung für Kredite erhalten. Insgesamt gibt es ein breites Kreditangebot der KfW mit einer Höchstgrenze der förderfähigen Ausgaben von 120.000 Euro.

WELCHE HEIZUNG IST SINNVOLL?

Aber welche Heizung soll ich jetzt einbauen? Diese Frage stellen sich viele Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer. Hier hilft die kommunale Wärmeplanung.

Oft macht es Sinn, nicht nur für ein einzelnes Haus zu überlegen, wie es am besten geheizt werden soll. Wärmenetze sind oft eine sinnvolle Lösung. Vielleicht kann sogar die Abwärme eines Betriebes oder eine Geothermieanlage genutzt werden. Für die individuelle Entscheidung für die richtige Heizung kann es auch eine Rolle spielen, ob eine Umstellung des Gas- auf ein Wasserstoffnetz oder grüne Gase wie Biomethan geplant ist.

Um diese Entscheidung treffen zu können sollen mit kommunalen Plänen die Möglichkeiten für den Anschluss von Gebäuden an Wärmenetze ermittelt werden. Anhand dieser Planung können Hauseigentümer feststellen, ob sie Ausichten darauf haben, ihr Haus an ein Wärmenetz anzuschließen. Dann können sie sich je nach den örtlichen Angeboten beispielsweise die Investition in eine eigene Wärmepumpe sparen und trotzdem klimaneutral heizen.

Diese Pläne müssen die Kommunen jetzt erstellen. Dann haben die Hausbesitzer:innen eine Grundlage für tragfähige Entscheidungen.



Eine Beratung bei einem Energieberater gibt Hausbesitzer:innen schnell Klarheit, was für das eigene Haus eine sinnvolle Option ist. Ohne Fernwärmeanschluss ist meist die Wärmepumpe die Option der Wahl. In den meisten Gebäuden ist damit auch ohne große Sanierungsmaßnahmen die Umstellung auf klimaneutrales Heizen machbar.

Straßenverkehrsgesetz

Bundesrat verhindert mehr Tempo 30

Dass es kein Kinderspiel werden würde, die Reform des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) durch den CDU/CSU-dominierten Bundesrat zu bekommen, war vielen klar. Ein kleiner Schockmoment war es dann aber doch, als Ende November feststand, dass die Bundesländer dem von der Regierung im Kabinett beschlossenen Kompromiss zur Umsetzung des Koalitionsvertrages tatsächlich nicht zugestimmt hatten.

Inhaltlich war dieses Ergebnis nicht unbedingt zu erwarten gewesen. Die Ausschüsse des Bundesrates hatten die Zustimmung zu dem Gesetz empfohlen und der Bundesrat war zudem sehr daran interessiert, die Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) zu beschließen, für die das neue Straßenverkehrsgesetz die Grundlage darstellt. Die StVO musste wegen der fehlenden Zustimmung zum StVG von der Tagesordnung des Bundesrates genommen werden.

WARUM WURDE DAS GESETZ ABGELEHNT?

Warum es trotzdem zu der Ablehnung des StVG im Bundesrat kam, dafür gibt es nach den bisherigen Erkenntnissen mehrere Gründe. Einige Bundesländer, darunter das rot-grün regierte Hamburg, verweisen auf fachliche Bedenken. Aus

ihrer Sicht bestünde die Gefahr, dass die neu in das StVG aufgenommenen Ziele Klima- und Umweltschutz, Gesundheitsschutz und städtebauliche Entwicklung eine Gefahr für die Verkehrssicherheit bedeuten könnten. Dieser Sorge hat das Bundesverkehrsministerium im Vorwege der Abstimmung mehrfach widersprochen. Auch die Juristen, die uns im parlamentarischen Verfahren im Deutschen Bundestag beratend zur Seite standen, haben diese Befürchtung mit guten Argumenten entkräftet.

UNION INSTRUMENTALISIERT BUNDES-RAT

Darüber hinaus wurde von verschiedenen Quellen berichtet, dass die Bundesländer mit CDU/CSU-Beteiligung das Gesetz deshalb zum Scheitern bringen wollten, um die Ampel-Regierung in diesen politisch schwierigen Zeiten zusätzlich als handlungsunfähig dastehen zu lassen.

Eine Blockadehaltung also, mit der die Unionsländer aber hauptsächlich die Kommunen in Deutschland – natürlich auch die Kommunen in ihren eigenen Bundesländern – getroffen haben, die in erster Linie von dem Gesetz profitieren würden.

Das schwarz-rot regierte Berlin und das schwarz-grün regierte Schleswig-Holstein haben bei der Blockadeaktion nicht mitgemacht und dem StVG zugestimmt. Gereicht hat es trotzdem nicht. Da eine Enthaltung im Bundesrat wie eine Nein-Stimme wirkt, fehlten am Ende acht Stimmen für eine mehrheitliche Zustimmung.

ZIEL: LEBENSWERTE KOMMUNEN

Der Entwurf hätte es den Kommunen ermöglicht, die Mobilität bei sich vor Ort zu verbessern und den öffentlichen Raum lebenswerter zu gestalten.

Derzeit ist es für die Kommunen schwierig, Tempo 30, Fußgängerüberwege und oder Radweges anzuordnen. Deswegen wollten wir die neuen Ziele Gesundheitsschutz, Klima- und Umweltschutz sowie städtebauliche Entwicklung ins StVG aufnehmen. Die Städte und Kommunen hätten künftig einen größeren Ermessensspielraum um das Auto einen kleineren Stellenwert bekommen.

WIE GEHT ES JETZT WEITER?

Endgültig gescheitert ist das Straßenverkehrsgesetz noch nicht. Denn sowohl die Bundesregierung als auch der Deutsche Bundestag haben nun die Möglichkeit, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Die Abstimmungsprozesse in der Ampel dazu laufen derzeit noch. Wir nutzen die Zeit für Hintergrundgespräche und versuchen zu sondieren, wie eine inhaltliche Einigung aussehen könnte.

Die SPD ist in jedem Fall fest entschlossen, das Straßenverkehrsgesetz in den Vermittlungsausschuss zu bringen. Was im Koalitionsvertrag vereinbart ist, wollen wir rechtlich umgesetzt sehen. Das sind wir den vielen Kommunen schuldig, die schon lange auf mehr Entscheidungsspielräume vor Ort warten. Die Verkehrssicherheit im StVG noch einmal besonders herauszustellen, dafür hat sich die SPD bereits in den bisherigen Verhandlungen eingesetzt. Wir haben dafür gute Formulierungsvorschläge in petto. An uns wird eine Einigung nicht scheitern.



Industrie in Deutschland halten

Das Strompreispaket

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine steht unsere Wirtschaft und vor allem die Industrie unter zunehmendem Druck. Die gestiegenen Energiepreise belasten insbesondere die energieintensiven Grundstoffbranchen wie Chemie und Stahl, aber auch kleine und mittelständische Betriebe.

Als Reaktion auf diese Krise haben wir bereits eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um bei den Energiepreisen zu entlasten und die Abhängigkeit von den fossilen Energien schnell zu reduzieren. Mit der Abschaffung der EEG-Umlage, Soforthilfen bei Gas und Wärme, die Energiepreisbremsen sowie den Härtefallhilfen für zum Beispiel Heizöl und Pellets haben wir die größten Härten der Energiekrise erfolgreich abfedern können. Gleichzeitig haben wir uns schnellstmöglich darum gekümmert, unsere Energieversorgung zu diversifizieren, indem z. B. im Rekordtempo Flüssiggas-Anlagen gebaut und der Ausbau von Wind- und Solaranlagen in großem Tempo forciert wurde.

Durch diese Anstrengungen sind die

Energiepreise wieder stark gesunken, werden aber absehbar noch höher liegen als vor der Krise. Gerade beim Strom ist das für viele Unternehmen existenzbedrohend, wenn sie im internationalen Wettbewerb stehen und in anderen Weltregionen Strom viel günstiger ist.

DAS STROMPREISPAKET

Einen großen Beitrag zur Lösung hat die Ampel nun beschlossen: Mit dem so genannten Strompreispaket gibt es für breite Teile der Wirtschaft große Entlastungen beim Strompreis. Für fünf Jahre wird die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe auf den europäischen Mindeststeuersatz abgesenkt, das bringt ein jährliches Entlastungsvolumen von rund 3,25 Mrd. Euro. Damit wird vor allem all den kleineren und mittelständischen Betrieben wie Bäckereien oder Automobilzulieferern beim Strompreis geholfen.

Energieintensive Unternehmen wie Produzenten von Aluminium, Papier oder Keramik profitieren davon nicht, weil für sie bereits bisher über den so genannten „Spitzenausgleich“ die Stromsteuer stark

gesenkt war. Für diese Betriebe sieht das Strompreispaket aber eine Unterstützung im Rahmen der Strompreiskompensation vor. Dabei werden indirekte Kosten für CO₂-Zertifikate, die beim derzeitigen Strommix für den CO₂-Ausstoß der Stromerzeugung gekauft werden müssen, erstattet. Mit der Strompreiskompensation werden die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen bei diesen Kosten entlastet, um zu verhindern, dass Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern. Wir weiten diese Unterstützung jetzt für die am stärksten betroffenen Betriebe aus.

Das Strompreispaket für Wirtschaft und Industrie war überfällig, und daher ist das beschlossene Paket wichtig und richtig. Dem produzierenden Gewerbe hilft es, die Stromsteuer zu senken. Den besonders energieintensiven Unternehmen hilft es, die Stromsteuerkompensation fortzusetzen und auszuweiten.

MEHR STROM AUS ERNEUERBAREN

Das sind gute Maßnahmen für eine substantielle Entlastung bei den Strompreisen. Wir werden trotzdem als SPD-Fraktion prüfen, was noch zusätzlich zur Unterstützung der stromintensiven Produktion notwendig ist und wie wir die Industrie mehr am Ausbau der Erneuerbaren beteiligen können.

Wir hatten als Fraktion dazu ein einen Transformationsstrompreis vorgeschlagen. Darin enthalten waren auch klare Anreize für eine Beteiligung der Industrie am Ausbau der Erneuerbaren Energien. Diese Regelungen fehlen noch im Strompreispaket, da sollte noch was kommen.

Die gute Nachricht ist ja: Strom wird mit dem Ausbau der Erneuerbaren perspektivisch günstiger werden. Deutschland und Europa haben große Potenziale für den Ausbau von Windenergie und Photovoltaik. Daher werden wir diesen Ausbau mit Hochdruck weiter vorantreiben, damit die Strompreise langfristig wieder für alle günstig und bezahlbar sind. Kurzfristig hilft das nun beschlossene Strompreispaket der Ampel.

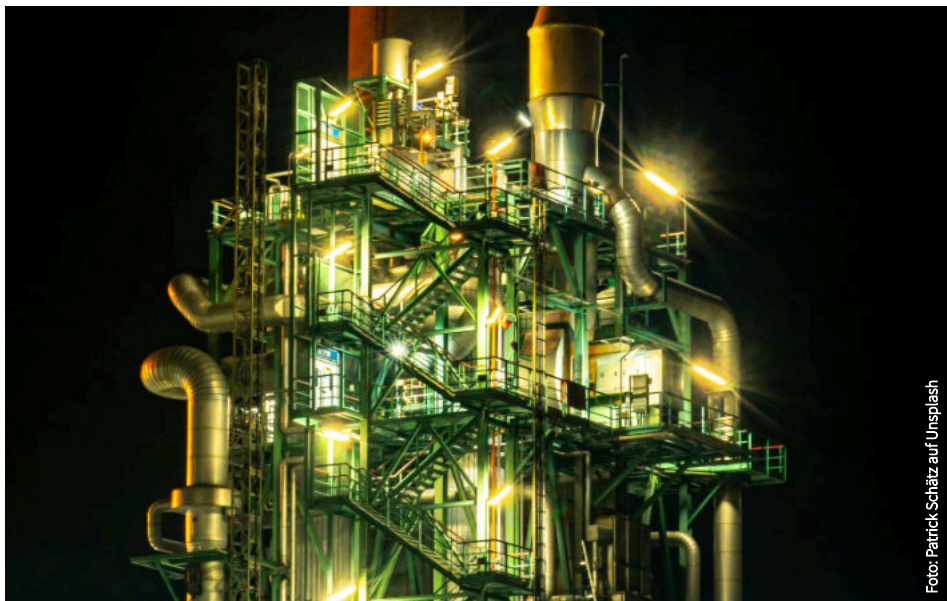


Foto: Patrick Schätz auf Unsplash

Unternehmen wie Wacker Chemie in Burghausen haben schon konkrete Pläne, wie sie klimaneutral produzieren können. Viele Prozesse können elektrifiziert werden, und statt Erdgas kann z. B. in der chemischen Industrie Wasserstoff als Grundstoff verwendet werden. Dafür braucht es aber hier und in der Breite der energieintensiven Industrie bezahlbare und planbare Strompreise.

Für Sie unterwegs. Im Wahlkreis und in Berlin

PLANSPIEL ZUKUNFTSDIALOG

Drei Tage hatte die SPD-Bundestagsfraktion mit Hieu Cao einen Fraktionsvorsitzenden aus Moosburg – zumindest im Planspiel. Im Planspiel Zukunftsdialog lernen junge Menschen die Fraktion und ihre Arbeit kennen. Einer von ihnen war Hieu Cao aus Moosburg, der gleich zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde.

Über das Planspiel schreibt er: „Drei Tage lang hatte ich die großartige Möglichkeit, auf Einladung der SPD Bundestagsfraktion am Planspiel Zukunftsdialog im deutschen Bundestag teilzunehmen. Mit rund 100 Teilnehmer:innen aus ganz

Deutschland habe ich die parlamentarische Arbeit sowie den Ablauf näher kennengelernt und auch selbst in einer Arbeitsgruppe Recht einen Antrag ausgearbeitet. Zudem war es mir eine Ehre, als Fraktionsvorsitzender die Sitzungen der Fraktion zu leiten. Besonders der Austausch mit den Abgeordneten, u. a. mit der Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoğuz und dem Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich war sehr interessant. Vielen Dank an die SPD-Bundestagsfraktion für diese Möglichkeit und an Andreas Mehlretter für die Einladung.“

Toll, dass es Dir so viel Spaß gemacht hat, lieber Hieu!



WIRTSCHAFTSKONFERENZ DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Im Oktober fand unsere Wirtschaftskonferenz statt. 480 Teilnehmer:innen aus Unternehmen, Gewerkschaften und Politik haben mit uns und mit Olaf Scholz darüber diskutiert, wie wir unsere Industrie und unseren Mittelstand stärken.

Besonders gefreut habe ich mich, dass auch Stefan Dick, Geschäftsführer der Schrobenhausener Südstärke GmbH, nach Berlin gekommen ist. Mit ihm habe ich mich bereits vor der Konferenz getroffen. Er hat mir berichtet, wie dramatisch sich der Klimawandel schon jetzt auf die Kartoffelernten auswirkt und was für eine große Herausforderung das für die Südstärke bedeutet. Mit dabei war auch Annette Karl, die als bisherige wirtschaftspolitische Sprecherin der bayerischen Landtags-SPD nach der Wahl aus dem Bayerischen Landtag ausscheidet.

Mit Veranstaltungen wie der Wirtschaftskonferenz suchen wir den Kontakt zur Wirtschaft. Wir wollen gemeinsam gute Lösungen für eine starke Wirtschaft finden, damit sie die Transforma-

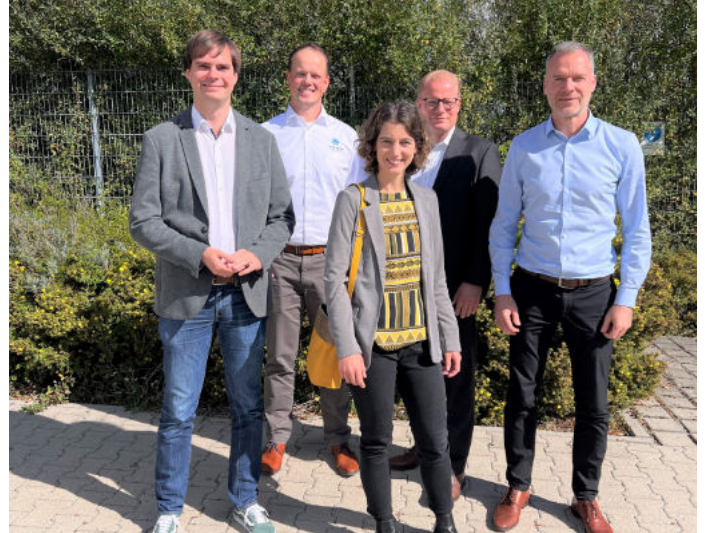


Für Sie unterwegs.

Im Wahlkreis und in Berlin



Wie steht es um die deutsche Klimapolitik? Darüber habe ich bei der Jungen Klimakonferenz #lcoy23 in München mit Politiker:innen der anderen Parteien und mit vielen engagierten jungen Menschen diskutiert. Wir haben in der Ampelkoalition vieles auf den Weg gebracht. Gerade der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat an Schwung gewonnen. Aber es bestehen weiter große Baustellen, das hat auch die Diskussion gezeigt. Insgesamt haben 1200 Teilnehmer:innen und 350 Speaker an der Konferenz teilgenommen. Toll, dass so viele junge Menschen sich einbringen, um an konkreten Lösungen mitzuarbeiten.



Wer von Ihnen hätte gewusst, dass einer der größten Saatguthersteller der Welt einen Standort im Landkreis Freising hat? Diesen Standort habe ich kürzlich gemeinsam mit der stellvertretenden SPD-Kreisvorsitzenden Alina Graf besucht. In Langenbach betreibt Corteva Versuchsflächen für die Züchtung von Silo- und Körnermais. Solche Versuchsflächen gibt es auch in anderen Teilen Bayerns. Sie dienen dazu, das Saatgut unter verschiedenen Bedingungen bei Klima und Boden zu testen. Corteva produziert eine große Bandbreite an Saatgut – von konventionell bis bio.



Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB) hat ihre Bedarfsplanung für Schrobenhausen aktualisiert. Endlich passen die Zahlen auf dem Papier auch zur angespannten Situation vor Ort. Damit können 2,5 freiwerdende Hausarztstellen nun nachbesetzt werden. Leon Eckert und ich haben zahlreiche Gespräche mit der KVB, dem Gemeinsamen Bundesausschuss und mit der Stadt Schrobenhausen geführt, um die Unterversorgung anzugehen. Ich bin sehr froh und erleichtert, dass sich nun die Situation der hausärztlichen Versorgung in Schrobenhausen verbessern kann.



Vor kurzem hatte ich die Gelegenheit, ein innovatives Geothermie-Projekt zu besichtigen. In Geretsried wird an einer spannenden Technologie gearbeitet, die die herkömmliche Geothermie revolutionieren könnte. Sie kommt ohne die Suche nach Thermalwasser aus. Mit dieser Technologie könnte Erdwärme in vielen Regionen Deutschlands nutzbar werden. Es war beeindruckend, die technische Umsetzung dieses Projekts zu sehen, von den Bohrmeißeln bis zum Bohrturm. Die Zukunft der Geothermie sieht vielversprechend aus!

Mannschaftssport

Neues aus meinem Team

MAX KIENAST

In den letzten Wochen hat Max Kienast als Praktikant mich und mein Team in Berlin unterstützt. Er selbst schreibt über sein Praktikum:

„Als Praktikant im Büro von Andreas Mehlretter durfte ich viele spannende Erfahrungen machen und tief in die vielschichtigen Mechanismen der politischen Arbeit in Berlin eintauchen.

Besonders überrascht hat mich dabei, wie wichtig die Ausschüsse sind und wie viel Arbeit dort hineinfließt. Die Intensität und der Einsatz, den die Abgeordneten und ihre Teams in diese Arbeit investieren, haben mich beeindruckt.

Am meisten Spaß gemacht hat mir in meinem Praktikum die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Papern, insbesondere im Bereich Geothermie und Emissionshandel. Diese Themen erfordern ein tiefgehendes Verständnis und unterstreichen die Bedeutung von Fachwissen in politischen Entscheidungsprozessen. Aber auch die Vorbereitung des Ausschusses oder einer Veranstaltung, bei der Andreas teilgenommen hat sowie die eigene Teilnahme an unterschiedlichsten Veranstaltungen und Webinaren zu Themen wie der kommunalen Wärmeplanung waren sehr interessant.

Außerdem überrascht hat mich die Vielfalt der Termine im Kalender eines Abgeordneten. Meetings mit verschiedenen Interessengruppen, Fraktions- und Ausschussmitgliedern, kommunalen Unter-

nehmen, Journalisten und Experten sind an der Tagesordnung. Das hat mir verdeutlicht, wie komplex und facettenreich die politische Arbeit als Bundestagsabgeordneter ist.

Insgesamt war mein Praktikum eine äußerst lehrreiche und bereichernde Erfahrung. Mein Dank gilt dem gesamten Team und insbesondere Andreas für die Möglichkeit, diese Einblicke zu gewinnen zu dürfen.“

Auch uns hat es Spaß gemacht, mit Dir zu arbeiten. Danke für Deine Unterstützung und viel Erfolg bei Deinem Studium.



HEAVY ROTATION

Es geht nicht nur um Politik bei mir im Team, oft geht es auch um Musik. Was wir so hören? Gerne lüften wir das Geheimnis. Wer die Musik auch hören will, der findet die Playlist auf Spotify unter www.andreas-mehlretter.de/links/spotify.

Unsere derzeitige Heavy Rotation:

Andreas:
The Beatles, Now and Then

Eva:
Pulp, Disco 2000

Jessica:
Gotye, Somebody That I Used To Know

Martin:
Kapa Tult, Straßenbahn

Merlin:
Zola Blood, Good Love

Michi:

K.I.Z., Görlitzer Park

Tereza:

Taylor Swift, This Is Why We Can't Have Nice Things



Andreas Mehlretter

Büro Berlin

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel. 030 227-78096

Wahlkreisbüro Freising

Ziegelgasse 11 | 85354 Freising
Tel. 08161 2349444

Wahlkreisbüro Pfaffenhofen

Scheyerer Straße 10 | 85276 Pfaffenhofen
Tel. 08441 7979521

andreas.mehlretter@bundestag.de

Homepage

www.andreas-mehlretter.de

Facebook

[andreasmehlretterSPD](https://www.facebook.com/andreasmehlretterSPD)

Instagram

[andreasmehlretter](https://www.instagram.com/andreasmehlretter)

Twitter

[@Mehli](https://twitter.com/Mehli)